



Aktenzeichen: CDU

Datum: 08.11.2023

Hinweis:

Beratungsfolge: Stadtrat

Überforderung der Kommunen: Dringender Appell für eine Neuausrichtung der Migrationspolitik und verstärkte Unterstützung hier: Änderungsantrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Antrag der AfD (XVII/3615)

Antrag
Überforderung der Kommunen

Betreff: Dringender Appell für eine Neuausrichtung der Migrationspolitik und verstärkte Unterstützung seitens der Landes- und Bundesregierung

Der Flüchtlingsgipfel markiert zweifellos einen wichtigen Schritt, doch angesichts der stetig wachsenden Herausforderungen durch den anhaltenden Flüchtlingsstrom auch in unserer Stadt, sind wir überzeugt, dass dies erst der Anfang sein kann. Unser gesellschaftlicher und sozialer Zusammenhalt steht auf dem Spiel. Dies macht es unerlässlich, dass wir einen dringenden Hilferuf an die Landes- und Bundesregierung richten. Dieser Appell soll verdeutlichen, dass unsere Gemeinschaft vor einer gewaltigen Aufgabe steht, nämlich die Bedürfnisse und Integration der ankommenden Flüchtlinge angemessen zu bewältigen. Daher ist es von größter Wichtigkeit, dass zusätzliche Ressourcen sowie geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um eine nachhaltige Lösung für diese anhaltende Krise zu finden und gleichzeitig unsere sozialen Strukturen zu stärken.

1. Begründung:

Viele Gemeinden, darunter auch unsere, stehen trotz intensiver Bemühungen vor erheblichen Kapazitätsgrenzen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen. Ohne eine substanzielle Unterstützung und eine gänzlich neue Ausrichtung der Migrationspolitik auf Landes - und Bundesebene werden wir ernsthafte soziale und strukturelle Spannungen erhalten.

Die Kommunen werden es ohne weitergreifende Veränderungen dieser Ausrichtung nicht erreichen die dringend notwendigen Maßnahmen in einer dazu angemessenen Zeit umzusetzen. Wohnraum, Kita- und Schulplätze oder Sprachkurse um nur wenige Beispiele zu nennen sind heute schon zu knapp.

2. Forderung:

2.1 Appell an die Landesregierung:

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	<input type="checkbox"/>	Einstimmig:	<input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>	Mit	<input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	
					Stimmenmehrheit:	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen:	
Laut Beschlussvorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen		Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:		Unterschrift:		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> siehe Rückseite:		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>				

Die Landesregierung wird aufgefordert, die tiefgreifenden Probleme der Gemeinden zu erkennen und AKTIV zu handeln. Während die finanzielle Vollkostenerstattung zwingend ist, betonen wir, dass Geld alleine gerade nicht ausreicht, um die komplexen Herausforderungen zu bewältigen. Es ist dringend notwendig, umfassende Unterstützungsmaßnahmen, einschließlich personeller Ressourcen, Expertisen und gezielter Programme, bereitzustellen sowie den weiteren Zuzug zu stoppen. Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, sich beim Bund massiv für eine Neuausrichtung der Migrationspolitik einzusetzen und die drängenden Probleme und Sorgen der Gemeinden zu kommunizieren.

2.2 Appell an die Bundesregierung:

Die Bundesregierung wird eindringlich aufgefordert, die gegenwärtige Migrationspolitik zu überdenken und dringend notwendige Anpassungen vorzunehmen, um eine geordnete und geregelte Einwanderung sicherzustellen. Es ist unerlässlich, dass wir diejenigen unterstützen, die dankbar für unsere Hilfe sind und die Bereitschaft zeigen, sich zu integrieren. Darüber hinaus muss die Bundesregierung klarere und strengere Regelungen finden und einführen, die konkret beschreiben, wann eingereist werden darf und wann abgeschoben werden muss.

3. Ziel:

Die Stadtspitze soll im Namen des Stadtrats und für das Wohl aller Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde sowohl die Landes- als auch die Bundesregierung offiziell durch einen offenen Brief als Hilferuf anschreiben. Dieser soll die Notwendigkeit einer sofortigen Reaktion und Unterstützung hervorheben und folgende Punkte enthalten:

Sachleistungen statt Geldleistungen, Zuzugsobergrenze von 200000, Arbeitspflicht für Flüchtlinge, Grenzkontrollen, Bereitstellung von Bundes- und Landesliegenschaften zur Unterbringung, konsequente Abschiebungen, Bündelung der Verfahren in ANKERzentren, Ausweitung der Abschiebeeinrichtungen, Genehmigung der Haushalte unter Herausrechnung der Flüchtlingskosten, Zurverfügungstellung von Personal für die kommunalen Ausländerbehörden),

Wir müssen uns bemerkbar machen. So kann es nicht weiter gehen!



Christian Baldauf, MdL
Fraktionsvorsitzender